

Wie kommen Flüchtlinge in Arbeit?

„Das Ende der Geschichte“ hatte 1992 der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Fall des Eisernen Vorhangs in Europa proklamiert. 25 Jahre später spüren wir die Geschichte im Nacken und werden an unangenehme Erscheinungsformen von Geschichte erinnert, die wir längst überwunden glaubten. Man muss nicht an die Konfliktherde im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika oder an den Rändern des ehemals sowjetischen Imperiums erinnern, um trostlose Analysen der Gegenwart und pessimistische Prognosen für die Zukunft anzustellen. In den Kernländern von Wachstum, Wohlstand und sozialer Sicherheit breiten sich Ressentiments, Wut und Zukunftsangst aus, die Resonanz in Politik und Medien finden. Es werden wieder Sündenböcke gesucht und einfache Lösungen präsentiert, die einem allzu bekannt vorkommen. Der Populismus sucht und findet Gesichter, die sich an die Spitze von Bewegungen setzen und das „postfaktische Zeitalter“ einläuten. Die Töne werden schriller und der Applaus lauter. Das politische Establishment steht dieser Entwicklung weitgehend ratlos gegenüber. Entweder verschreibt es sich der Leugnung der Phänomene und der Abwiegung der Gefahren, oder die Reaktionen erschöpfen sich in symbolischer, aktionistischer Politik.

An die Spitze der „neuen“ politischen Herausforderungen und Auseinandersetzungen steht die Integration von Flüchtlingen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Ulrich Walwei, Vizedirektor des angesehenen Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg und langjähriger G+S-Autor, präsentiert in der neuen Ausgabe von *Gesundheits- und Sozialpolitik* erste Forschungsergebnisse und praktische Erfahrungen, wie der deutsche Arbeitsmarkt Flucht und Migration verkraften kann und wie sich Flüchtlinge und Migranten erfolgreich in diesen Markt integrieren können. Nicht Stammischparolen und apokalyptische Mythen, sondern schlichte Empirie – wie zum Beispiel die Feststellung, dass das Arbeitskräftepotenzial quantitativ nur rund 1 % des gesamten Erwerbspotenzials in Deutschland ausmacht – und eine realistische Einschätzung der qualitativen Dimensionen der Integration definieren den Handlungsbedarf und die Perspektiven für eine nachhaltige Strategie, die den Werten und Geboten unseres Grundgesetzes gerecht werden. Hervorzuheben ist dabei besonders, dass Walwei bereits die nächste Generation der Zugewanderten in den Blick nimmt und die frühkindliche Bildung als entscheidenden Nachhaltigkeits- und Zukunfts-

faktor betont. Ein Blick in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland genügt um zu verstehen, dass die Integration von Migranten keine neue Aufgabe ist. Nur hießen diese früher Vertriebene oder Auslandsdeutsche.

Darüber hinaus bietet das neue Heft von *Gesundheits- und Sozialpolitik* einen Querschnitt von Themen aus unterschiedlichen Handlungsfeldern. Diese reichen von der digitalen Arzneimittelinformation für niedergelassene Vertragsärzte über Wirkungen des neuen Zulassungsrechts auf die Produktivität der ambulanten ärztlichen Versorgung oder Strategien zur Ausweitung des ehrenamtlichen Engagements in der Langzeitpflege bis zu den Auswirkungen des Präventionsgesetzes auf Hochschulen. *Gesundheits- und Sozialpolitik* will zu Diskussionen anregen und Debatten auslösen. Ich bin sicher, dass Reizthemen wie qualitätsorientierte Vergütung, Komplementärmedizin in Zeiten der Evidenzbasierung oder die paritätische Finanzierung der sozialen Krankenversicherung kontrovers betrachtet und diskutiert werden. Dass auch die Praxis der kieferorthopädischen Versorgung in Deutschland auf den Prüfstand kommt, dafür könnte der Beitrag von Spasov, Bettin und Braun sorgen. Die organisierte Zahnärzteschaft dürfte bei dessen Lektüre nicht amüsiert sein und den Druck auf die Autoren – subtil oder offen – erhöhen. Die Autoren nehmen sich offenbar eines Tabuthemas an, das in weniger wohlhabenden Ländern keines ist und dessen zahnmedizinische Wirksamkeit Zweifel weckt.

In einer pluralen Gesellschaft ist Kritik mehr als legitim. Sie ist – wie ihre verfassungsrechtliche Verankerung in der Meinungs- und Pressefreiheit – das Lebenselixier des demokratischen Prozesses und des gesellschaftlichen Fortschritts. Wir leisten hierzu einen bescheidenen Beitrag, auch wenn es nicht den Gesetzmäßigkeiten des aufkeimenden Populismus entspricht. Wir freuen uns, wenn die Beiträge zu lebhaften Reaktionen führen.

Franz Knieps